

/// Wie gefährlich ist er?

POLITISCH MOTIVIERTER EXTREMISMUS IN DEUTSCHLAND

RUDOLF VAN HÜLLEN /// ist nach fast zwanzig Jahren Tätigkeit im Bundesamt für Verfassungsschutz seit 2006 freiberuflicher Dozent und Forscher zu Fragen des Extremismus und Terrorismus. Er ist Lehrbeauftragter an der Universität Passau und an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Fachbereich Polizeivorbereitungsdienst. Sein besonderes Interesse gilt der verglichenen Forschung zu menschenrechtsfeindlichen und gewaltförmigen extremistischen Phänomenen wie dem Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus.

Politische Studien: Herr Dr. van Hüllen, wie stufen Sie generell das aktuelle Gefahrenpotenzial durch den politisch motivierten Extremismus in Deutschland ein?

Rudolf van Hüllen: Die von den Verfassungsschutzbehörden veröffentlichten Zahlen der Anhänger extremistischer Organisationen geben zu Gelassenheit Anlass: 2016 waren das jeweils rund 24.000 im Islamismus und im Rechtsextremismus und 29.000 im Linksextremismus. Allerdings sagt das nur etwas über die organisatorischen Kapazitäten und nicht notwendigerweise etwas über die Gefährlichkeit aus. Bei den Gewaltstraftaten lagen Rechts- und Linksextremismus mit rund 1.700 pro Jahr 2016 praktisch gleich auf. Aber wir wissen natürlich, dass der islamistische Terrorismus mit weit geringeren Fallzahlen ganz andere Dimensionen der Gewalt erreicht und das hat natürlich Auswirkungen auf das subjektive Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung.

Weniger Beachtung findet bei den Sicherheitsanalysen der Behörden in dessen das dynamische Verhältnis der drei Phänomene untereinander. An der Spitze der Eskalationsautomatik steht ganz eindeutig der islamistische Extremismus. Zwischen Mitte 2014 und Mitte 2017 gab es 51 jihadistische Anschläge in den USA und Westeuropa, mit 395 Toten und 1.549 Verletzten. Das ist nicht nur deutlich mehr als bei anderen Formen politisch motivierter Gewalt, die besondere Dynamik dieses Phänomens wird auch durch neue Aspekte unterstrichen: Erstens gibt es nur verminderte Abwehrmöglichkeiten, weil der Täter sich selber als Verbrauchsmaterial sieht. Zweitens kann es definitiv jeden treffen, Muslime in Europa eingeschlossen. Und drittens ist noch nicht sicher, ob die militärischen Niederlagen des so genannten Islamischen Staats die Attraktivität des Salafismus als extremistische Jugendbewegung unterbrechen können. Im Ver-



An der Spitze der Eskalationsautomatik steht ganz eindeutig der **ISLAMISTISCHE** Extremismus.

gleich zu Belgien, Großbritannien oder Frankreich sind wir in Deutschland bisher weitgehend ungeschoren davon gekommen, obwohl unsere Politik der fehlenden Grenzkontrollen zum Erfolg der Anschläge von Paris und Brüssel beigetragen hat.

Auf den Islamismus reagiert rechte Gewalt als vigilantistische, als Rache-gewalt. Das war besonders in Gestalt von Übergriffen gegen Flüchtlings-einrichtungen der Fall. Dabei deckt sie ein breites Spektrum ab – vom gezielten lebensgefährlichen Brandanschlag bis zum Farbbeutelwurf gegen die Fassade oder das Zeigen des Hitlergrußes vor dem Eingang. Das ist seit Anfang 2017 weitgehend abgeflaut. Relevanten Zu-lauf zu militanten rechtsextremen Orga-nisationen gibt es nicht, wohl aber, im europäischen Maßstab, eher moderate Zugewinne für eine nur rechtspopulis-tische, nicht mal rechtsextremistische Partei.

Linksextremismus liegt in dieser In-teraktionsdynamik ganz am Ende der Eskalationskette. Linke Gewalt reagiert vorwiegend auf den politischen Gegner und alles, was sie für rechts hält, ferner auf alles, was sie mit Kapitalismus und Staat in Verbindung bringt. Zudem ist der Linksextremismus ein möglicher-weise fahrlässiger Helfershelfer islamis-

tischer Gewalt. Er sortiert sie gerne als „antiimperialistisch“ ein und ist zudem permanent bemüht, die Gesellschaft der Bundesrepublik als rassistisch und „isla-mophob“ zu verleumden. Radikal linke „Flüchtlingsinitiativen“ waren es auch, die Zuwanderern rieten, vor der Einrei-se ihre Personalpapiere zu vernichten. Besser kann man den roten Teppich für einreisende IS-Terroristen wohl kaum ausrollen. Einer extremistischen Linken, die sich weitgehend von ihren ehemals aufklärerischen Idealen entfernt hat, ist das allerdings gleichgültig, denn für sie steht wie beim G20 blinde Gewalt oder die strategisch angesteuerte Zerstörung der westlichen Gesellschaftsordnung im Fokus.

Politische Studien: Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es sowohl in der Entwicklung als auch in der Bekämpfung von Links- und Rechtsextremismus? Gibt es bei den genannten Extremismus-Ausprägungen auch Parallelen zum Salafismus?

Rudolf van Hüllen: Grundsätzlich weisen alle Formen des politischen Extre-mismus unter soziologischen und poli-tikwissenschaftlichen Gesichtspunkten Gemeinsamkeiten auf. Dazu zählen die Unterordnung des Einzelnen unter ein messianisch verfolgtes Ziel, absolute Wahrheits- und Geltungsansprüche, dichotomische Weltbilder mit rigiden Feindbildkonstruktionen, Antipluralis-



Quelle: mauritius images / ImageBROKER / Jochen Tack

Jede Form von Extremismus ist eine Herausforderung für die Gesellschaft.

mus und die Bereitschaft, für die endzeitlichen Ziele auch Gewalt einzusetzen. Schließlich werden zur Unterstützung der eigenen Agitation, zur Absicherung gegen Enttäuschungen und zur Immunisierung der Ideologie gegen Niederlagen Verschwörungstheorien produziert. Auf der Zielebene gibt es indessen erhebliche Unterschiede. Rechts- und Linksextremismus sind Produkte der europäischen Geistesgeschichte, der Islamismus ein importiertes Problem aus einem anderen Zivilisationsmodell, zudem transzendent, nicht weltlich, begründet. Brücken zwischen diesen Zielorientierungen gibt es allenfalls bei der Bekämpfung ihrer gemeinsamen Feinde. Interessanterweise ist dies vor allem die liberale, rechtsstaatliche Demokratie mit marktwirtschaftlicher Prägung.

Ähnlichkeiten finden sich wiederum zwischen den Akteurstypen. In allen drei Phänomenen gibt es erstens den langfristig denkenden und mehr oder weniger gut gebildeten Kader, der keinesfalls in erster Linie emotional gesteuert ist, sondern reflektiert handelt. Er findet sich vor allem in den legalistisch arbeitenden Gruppen, nicht so sehr in den Zusammenrottungen spontaner Gewalttäter. Zahlenmäßig am stärksten ausgeprägt dürfte er unter Linksextremisten vertreten sein, am geringsten unter Rechtsextremisten. Allerdings verfügen alle drei Varianten zweitens auch über einen triebgesteuerten, wenig reflektierenden Bodensatz an Gewalttätern. Bei diesem Typus ist vor allem die Ähnlichkeit zwischen Jihadisten und gewaltbereiten Rechtsextremisten bemerkenswert. Sie

zeigen Schnittmengen in ihrer grundsätzlichen, existenzialistisch ausgeformten Wertschätzung für Gewalt, einer Betonung von Hierarchien, von Männlichkeitsvorstellungen und in sexistischen Verhaltensmustern. Nicht selten stammt dieser Typus aus sozial abgehängten Schichten, oft ist er allgemein delinquent und verfügt über Hafterfahrung. Das bedeutet: Viele Präventionskonzepte, die sich gegen Rechtsextremismus bewährt haben, enthalten Bausteine, die auch gegen den beschriebenen Typus des Islamisten wirksam sein müssten.

Bei der Bekämpfung von Extremismusphänomenen stoßen wir auf das Problem unterschiedlicher gesellschaftlicher Akzeptanz. Am höchsten ist sie beim Engagement gegen Rechtsextremismus. Das ergibt sich einerseits daraus, dass sich völkisch-rassistischer Rechtsextremismus in direktem Widerspruch zu fast allen grundgesetzlichen Normen befindet. Ein Schulterchluss gegen ihn ist praktisch überall akzeptabel und führt fast ungefragt zu sozialen Belohnungen. Bisweilen ist inzwischen ein gutes Stück Ritual inbegriffen: In Berlin wurde ein jüdischer Schüler durch migrantische Mitschüler von einer Schule gemobbt, die sich mit der Auszeichnung „Schule gegen Rassismus – Schule für Courage“ brüstete. Mag

ja sein, dass es dort keinen klassischen Rechtsextremismus gab. Aber das offensichtliche Ausmaß an Antisemitismus und Menschenverachtung unter den Schülern mit Migrationshintergrund hatte man beim ritualisierten „Kampf gegen rechts“ offenbar ganz selbstgerecht übersehen wollen.

Man wird also einen Teil jener 85 % der staatlichen Präventionsprogramme, die sich nach einer Erhebung des Bundeskriminalamtes (BKA) von 2016 gegen Rechtsextremismus wenden, auf den Prüfstand und dann neu aufstellen müssen. Der Hauptbedarf liegt heute in der Prävention gegen Islamismus. Wobei sich das Problem ergibt, dass hier ein religionssensibler Bereich berührt wird und eine Mitwirkung der muslimischen Community in Deutschland notwendig ist. Da stehen wir noch ganz am Anfang.

Es gibt nur wenige Präventionsprogramme, die gegen Linksextremismus unterwegs sind. Hier ist die gesellschaftliche Akzeptanz am geringsten, denn die schützenden Milieus des linken Extremismus erstrecken sich bis weit in die Mitte der Gesellschaft. Vorsorglich wird zum Typus des linken Extremisten und Gewalttäters auch gar nicht erst geforscht. Mit einiger Vorsicht lässt sich sagen, dass die Anzahl der wohlstandsverwahrlosten Mittelstandssprösslinge, die dort mit Billigung und moralischer Unterstützung ihrer 68er-Eltern unterwegs sind, so gering



Grundsätzlich weisen ALLE Formen des politischen Extremismus Gemeinsamkeiten auf.



Der Hauptbedarf liegt heute in der Prävention gegen **ISLAMISMUS** unter Mitwirkung der muslimischen Community in Deutschland.

nicht sein dürfte. Wenn es gelänge, bei der staatlichen Finanzierung linksextremer Strukturen – Stichwort „Rote Flora“ – und so mancher gemeinnützigen „zivilgesellschaftlichen Initiative“ den Stecker zu ziehen, wäre viel gewonnen, denn der Linksextremismus ist genau genommen seit 1989 ideengeschichtlich bankrott. In seiner heutigen zombiehaften Gestalt ergeht er sich zuvörderst in autistischen Identitätsdiskursen. Seine aktuell stark erhöhte Aggressivität kann man auch als Verlustangst, als Vorahnung seiner historischen Überflüssigkeit, deuten.

Politische Studien: Welche Radikalisierungsmechanismen sind in muslimischen Milieus vorherrschend? Hat deren Integration versagt?

Rudolf van Hüllen: Integration ist ein zweiseitiger und ein mehrschichtiger Vorgang. Die Aufnahmegesellschaft muss Integrationsangebote bereitstellen und sie mit entsprechenden Leistungen unterfüttern. Der Zuwanderer muss seine Integration wünschen und sich den damit verbundenen Anstrengungen stellen wollen.

Die Bereitschaft auf der Seite der Zuwanderer ist unterschiedlich. Es gibt im Allgemeinen keine Schwierigkeiten mit der Integration von Europäern, auch nicht von Asiaten. Aber alle europäischen Einwanderungsgesellschaften kennen Probleme mit der Integration von Muslimen

und das hat durchaus mit dem Islam zu tun. Muslime, die sich für Vertreter „der besten Ummah, die Allah geschaffen hat“ (Koran 3:109) halten, haben je nach Intensität ihrer religiösen Überzeugung Schwierigkeiten, den Gleichheitsgrundsatz europäischer Verfassungen zu akzeptieren. Das kann sich in einem höflichen Nebeneinanderleben über komplettes Ignorieren der nicht-muslimischen Mitmenschen und kleinen Gesten mangelnder Wertschätzung oder Missachtung bis hin zur Bildung von geschlossenen Parallelgesellschaften und dem Wunsch, das Gastland perspektivisch in ein islamisches zu verwandeln, erstrecken. Anderen zeitgenössischen Großreligionen sind solche missionarischen und exkludierenden Antriebe nicht inhärent. Dem Judentum waren sie es nie, dem aufgeklärten Christentum sind sie es nicht mehr.

Zum Glück gibt es weder „den Islam“ noch „den Muslim“. Deshalb ist Deutschland auch nicht so stark vom jihadistischen Terrorismus betroffen wie Frankreich, Belgien und Großbritannien. Seine muslimische Migrationsgesellschaft bestand im Wesentlichen aus rund vier Millionen größtenteils kemalistisch gestimmten Türken. Ob deren laizistische Grundausrichtung Bestand hat, scheint angesichts der



Es gibt weder ‚den Islam‘ noch ‚DEN MUSLIM‘.

Entwicklung des AKP-Regimes in der Türkei fraglich. Die neu zugewanderte Million seit 2015 stammt aber nicht aus der Türkei, sondern aus den integrationspolitischen Hochrisikoländern des islamisch-arabischen Krisenbogens. Das verändert die Integrationsperspektiven in Deutschland.

Auf der Seite des deutschen Aufnahmelandes bleibt es bei einem hohen Niveau an Integrationsangeboten, deren Leistungen (soziale Versorgung, Bildung, später Staatsbürgerschaft) praktisch voraussetzungslos gewährt werden. Von jenen, die ohne Integrationsabsichten direkt mit jihadistischen und/oder kriminellen Absichten gekommen sind, wird dies ausgenutzt. Beispiele wie Anis Amri zeigen das. Sie haben dann auch noch reichlich Muße, mit der üppigen sozialen Versorgung in der Tasche ihre Verachtung für das Gastland entweder kriminell oder über eine islamistische Radikalisierung zuzuspitzen.

Auch bei nicht solcherart motivierten Zuwanderern mit muslimischem Hintergrund kann sich ein Identitäts- und Rollenkonflikt ergeben. Sie nehmen eine Aufnahmegesellschaft als schwach und dekadent wahr, die nicht mal in der Lage ist, die selbst gesetzten Regeln auch durchzusetzen. Sie verfügt über eine Polizei, die, anders als jene im Herkunftsland, weder prügelt noch schießt. Aber

gerade für junge Zuwanderer bietet sie eine Unzahl libertärer Verlockungen und zugleich Zumutungen, die brutal mit traditionellen muslimischen Gesellschafts- und Familienbildern kollidieren.

Diese Konstruktionsfehler der deutschen „Willkommenskultur“ kann kein noch so ausgeklügeltes Integrationsangebot kompensieren. Vergleichbare Fehler machen neben uns die skandinavischen Staaten, bis in jüngere Zeit die Niederlande und Belgien, während die südeuropäischen Staaten anders vorgehen. Der niederländische Soziologe Ruud Koopmans hat eindrucksvoll nachgewiesen, dass die Zuwanderungsländer mit den voraussetzungslosesten Integrationsangeboten erstens die schwächste Sozialintegration der Zuwanderer hervorbringen, zweitens eine wesentlich schlechtere Integration in den Arbeitsmarkt und drittens einen kräftig erhöhten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund unter der Gefängnispopulation.

Der Zusammenhang mit Radikalisierungsgefahren liegt auf der Hand. Wer samt seiner nachziehenden Familien vom Sozialstaat vollversorgt wird, sich zugleich aber der Bevölkerung des Aufnahmelandes als „beste Ummah“ überlegen fühlt, hat kaum Anreize, soziale Kontakte zur einheimischen Bevölkerung zu knüpfen und auch nur wenige, die Mühen einer Ausbildung und Arbeitsplatzsuche auf sich zu nehmen. Er kann sich problemlos in Parallelgesellschaften exkludieren. Das wird nur

auf einen unbestimmten, hoffentlich möglichst geringen Prozentsatz der seit 2015 Zugewanderten zutreffen, aber der Grundstoff für ein endemisches Jihadismus-Potenzial dürfte gelegt sein.

Natürlich gibt es andere Radikalisierungsverläufe. Sie sind sogar derartig vielfältig, dass sich bisher weder eine taugliche sozialwissenschaftliche Theorie zu ihnen noch gar ein belastbares Gegenkonzept feststellen lässt. Einigkeit besteht allenfalls darin, dass es sich um einen dynamischen Prozess handelt, der ein entsprechend disponiertes Individuum unter Umständen bis in den Kern des Jihadismus tragen kann. Eine neuere Untersuchung zur islamistisch-terroristischen „Hofstad“-Gruppe in den Niederlanden hält fest, dass zumindest drei Ebenen auf diesem Weg zu unterscheiden sind. Auf einer externen Ebene spielen Erfahrungen, auch negative, in der Aufnahmegesellschaft eine Rolle. Auf einer sozialen Ebene wirken Kräfte der familiären Erziehung (die bei traditionell islamischen Werten mit schulischen Sozialisationsanforderungen kollidieren können) und der Peer-Group. Die Peer-Group kann bereits ein sich abschottender Echoraum sein, in dem gruppenspezifische Prozesse einer Radikalisierungsverstärkung greifen.

Letztlich entscheidend für die Ausreise ins IS-Gebiet, für den bewaffneten Kampf oder sogar das Selbstmordattentat bleibt aber auf einer dritten Ebene die

individuelle Disposition. Katalysatoren innerhalb dieser Ebenen und zwischen ihnen können Radikalisierung beschleunigen und zuspitzen. Dazu zählen gravierende Brüche in der Biographie wie plötzliche Empathien für die Opfer des innerislamischen Bürgerkriegs, Verlust eines Freundes/Verwandten im Jihad, aber auch Hafterfahrungen (57 % der Anschlagstäter mit Staatsbürgerschaften in westlichen Demokratien wiesen einen „crime-terror“-Nexus auf). Dazu kommt als Pull-Faktor die Agitation und Propaganda islamistischer Sozialisationsagenturen zum Tragen.

Der Faktor Religion kann auf allen drei Ebenen eine Rolle spielen; für eine Entfremdung vom Aufnahmeland bzw. (im Falle des „home grown“-Täters) des westlichen Landes, dessen Staatsbürger man ist, ist er aber keine zwingende Ursache. Mindestens ebenso dürfte die Kollision zwischen traditionell arabisch-tribalistischen Familien- und Gesellschaftsbildern und denen der westlichen Demokratien eine Rolle spielen. Religion und Kultur stehen in Beziehung untereinander, denn der Islam ist schließlich im arabischen Raum entstanden. Und er wird als politische Ideologie in jedem Fall exportiert zur Rationalisierung der Radikalisierungsergebnisse benutzt.

Dass die skizzierten Leitplanken allenfalls heuristische Bedeutung haben



Der **GRUNDSTOFF** für ein endemisches Jihadismus-Potenzial dürfte gelegt sein.



Der Normalfall ist die **MUTTER** zur Produktion jihadistischen Nachwuchses an der Seite des „Märtyrers“.

können, zeigt sich schon daran, dass sie das Phänomen der westlichen Konvertiten nicht einschienen können. Hier ist vom psychisch Gestörten über den Erweckten aus allgemein krimineller Hoffnungslosigkeit, den Kick-Sucher und Hasardeur bis hin zum früheren Linksterroristen als Seitenwechsler so ziemlich alles Vorstellbare dabei.

Politische Studien: Welche Rolle spielen Frauen in der jihadistischen Szene?

Rudolf van Hüllen: Jihadistische Gewalt ist genau wie rechtsextremistische in erster Linie ein männlich geprägtes Betätigungsfeld. Trotzdem fand die Rechts-extremismusforschung auch immer die Frage nach Frauen in der Nazi-Szene besonders „hip“. Irgendwie traut man Frauen so etwas nicht recht zu, und der Befund stimmt auch im Wesentlichen. Um nur zwei Zahlen zu nennen: Der Anteil der weiblichen Aktivistinnen in der Neonazi-Szene liegt bei weniger als 15 %. Beim Islamismus sind 97 % der Täter der Anschläge zwischen 2014 und 2017 männlich, und das BKA registrierte 2016 unter den Syrien-Ausreisern 21 % Frauen.

Auch hier spielen die in einer traditionell islamischen Erziehung vermittelten Leitbilder eine Hauptrolle. Die männlichen Exemplare müssen in westlichen Leistungsgesellschaften oft erfahren,

dass die ihnen anerzogene Rolle als „kleine Prinzen“ in archaischen, männerdominierten Gesellschaften hierzulande nicht ohne Weiteres umsetzbar ist. Die kleine Schwester hingegen, ebenfalls traditionell muslimisch zu Gehorsam und Arbeit erzogen, hat bessere Voraussetzungen für beharrlichen Erwerb von Wissen, wenn sie sich aus der Zwangsjacke der familiären Sozialisation zu lösen vermag. Die Anzahl der Jihadismus-Rekrutinnen ist demnach sehr gering, und nur absolute Ausnahmen schaffen es in Leitungspositionen. Der Normalfall ist die Mutter zur Produktion jihadistischen Nachwuchses an der Seite des „Märtyrers“ – ein schlimmes Erwachen für Mädchen und junge Frauen, die sich von der Sozialromantik-Propaganda des IS haben anlocken lassen. Hinsichtlich der Frauenrollen unterscheiden sich die Extremismen nicht sehr stark. Bei den Neonazis gilt das Ideal der „arischen“ Frau und Mutter, und bei den klassischen Kommunisten hielt die „Genossin und Kampfgefährtin“ dem Kader den Rücken von familiären Problemen frei, damit er sein Gesicht dem Klassenfeind zuwenden konnte.

Politische Studien: Inwieweit spielen Parallelgesellschaften bei einer Radikalisierung eine Rolle? Was kann man Ihrer Meinung nach tun, um diese aufzubrechen bzw. sie gar nicht erst entstehen zu lassen?

Rudolf van Hüllen: Parallelgesellschaften bieten abgeschlossene Echoräume und permissive Rückzugsgebiete, in denen über jihadistische Gewalt „solidarisch“ geschwiegen und das staatliche Gewaltmonopol teilweise außer Kraft gesetzt wird. Salem Abdeslam, einer der Paten der Anschläge von Paris und Brüssel, konnte von der Polizei erst nach drei Monaten gefasst werden, ein paar hundert Meter vom Haus seiner Eltern entfernt. Er hatte sich in Brüssel-Molenbeek wie ein Fisch im Wasser bewegt. Auch hier gibt es vergleichbare Phänomene bei anderen Extremismusformen. In den 1990er-Jahren ging die Kunde, Neonazis hätten in ostdeutschen Kleinstädten und auf dem platten Land „national befreite Zonen“ geschaffen. Das war eine etwas vollmundige Eigenpropaganda der braunen Szene, aber richtig war mindestens dies: Es war ihnen gelungen, in einer Vielzahl von Kommunen über längere Zeit für ihre politischen Gegner definitive „Angsträume“ zu schaffen, aus denen auch solche Progromversuche wie in Rostock-Lichtenhagen erwuchsen. Sogar der morbide Linksextremismus schafft es in Deutschland, territoriale Ansprüche zu reklamieren: im Hamburger Schanzenviertel, im Berliner Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain und anderswo in der von „verdichteten Zonen linker Gewalt“ (so der Berliner Verfassungsschutz) geplagten Hauptstadt, schließ-

lich in Leipzig-Connewitz. In Connewitz unterstrichen aktive Überfälle auf Polizeiwachen 2016, dass sich die Szene stark genug zeigte, die Machtfrage zu stellen.

Diese Phänomene beruhen auf manchmal fahrlässiger, manchmal gewillkürter politischer Duldung und vor allem auf dem so genannten Ankerpunkt-Effekt. Gleichgesinnte, egal ob politisch, ethnisch, sozial oder religiös sortiert, verdichten sich in Vierteln, in denen sie sich eigene Infrastrukturen und eventuell neue Regeln des Zusammenlebens schaffen. In manchen dieser Parallelgesellschaften gehören zu den neuen Regeln eben die bisherige Verwaltung, Rechtsstaatlichkeit, die hiesige Polizei und „unerwünschte“ Gruppen (je nach Konstellation „Rechte“, „Reiche“, „Linke“, Juden, „Ungläubige“) nicht mehr dazu.

Im schützenden Kokon solcher Parallelgesellschaften wurzelt dann eben auch, was eine neuere Forschungsarbeit am International Centre for Counter Terrorism (ICCT, Leiden) „radicalization hubs“ genannt hat. Das mögen im Falle des Islamismus ein „Kulturzentrum“, eine Moschee, ein Shisha-Café sein. Selbst die Imame gemäßiger Moscheen haben große Schwierigkeiten, jihadistische Muslime aus ihren Häusern heraus zu halten; schließlich können sie beim



Das „radikale Milieu“ vermag Einblicke der Sicherheitsbehörden und der Zivilgesellschaft in problematische Entwicklungen **WIRKSAM** zu verhindern.



Im Kern haben wir es hier mit einem politischen Problem zu tun, das **POLITISCH entschieden werden muss.**

Freitagsgebet nicht gut Türkontrollen einführen. Demnach ist zwar das Internet zum „Anfixen“ junger Leute ein geeignetes Instrument, aber anschließend folgt in der Regel der persönliche Kontakt. 51 % der von ihnen untersuchten jüdischen Terrorakteure, stellen die ICCT-Forscher fest, gehörten „in various ways, to local jihadist milieus“. Solche Erkenntnisse sind nicht neu, denn die beiden Forscher Peter Waldmann und Thomas Hegghammer haben als Schutzräume terroristischer Gruppen schon vor zehn Jahren das Bild des „radikalen Milieus“ in die Diskussion gebracht. Das „radikale Milieu“ vermag unter Umständen Einblicke der Sicherheitsbehörden und der Zivilgesellschaft in problematische Entwicklungen wirksam zu verhindern. In ihm können sich terroristische Zellen, bei islamistischen Tätern oftmals noch durch Verheiratung untereinander verbandelt, in Ruhe verfestigen. Berücksichtigt man den Stellenwert der Familie in muslimischen Gesellschaften, so bietet das eine Abschirmung, die kaum von außen zu durchdringen ist.

Ein Staat, der an der Allgemeingültigkeit seiner Rechtsordnung interessiert ist und auf die neuzeitliche Errungenschaft des staatlichen Gewaltmonopols nicht verzichten will, wird sich solchen Entwicklungen mit Entschiedenheit

widersetzen müssen. Wie der französische Islamwissenschaftler Gilles Kepel wiederholt nachgewiesen hat, tragen zumeist Politiker der Linken die Verantwortung für die Entstehung solcher sozialräumlichen Fehlentwicklungen. Sie hatten versucht, ihre in den klassischen Arbeitervierteln schwindende Klientel durch Zugeständnisse an zuwandernde Muslime auszugleichen. In Deutschland ist dergleichen in erster Linie in Teilen von Bremen und natürlich in Berlin zu registrieren, aber auch das Ruhrgebiet mit seinen 8 Millionen Einwohnern kennt Stadtteile, die gefährdet sind.

Für neu Zuwandernde gibt es im Grundsatz Residenzpflichten, die aber im Allgemeinen, wie die meisten anderen Vorschriften des Ausländerrechts auch, nicht durchgesetzt werden. Und selbst wo die Verwaltung rechtstreu handeln will, finden findige, hoch spezialisierte Anwälte Mittel und Wege, die Gerichte zu bestimmen, dass im Einzelfall nach dem „Grundsatz der Verhältnismäßigkeit“ geltendes Recht eben nicht gilt. Und die Einzelfälle sind, wie man an der Abschiebeproblematik sieht, inzwischen durchaus mehrheitsfähig.

Im Kern haben wir es hier mit einem politischen Problem zu tun, das politisch entschieden werden muss. Allerdings besteht ein gewisser Eilbedarf, wie man am Missbrauch des Asylrechts als Zuwanderungstitel mit anschließender Dauerduldung erkennen kann. Entweder

Demokratie und Rechtsstaat schaffen es, das Problem Artikel 16 Grundgesetz zu lösen, oder der Artikel 16 schafft den Rechtsstaat. Die Klagen von Richtern über ein sich auflösendes Justizsystem in Berlin kann man bei der ansonsten sprichwörtlichen Zurückhaltung dieses Berufsstandes wohl kaum missverstehen.

Politische Studien: Wie kann man die Bevölkerung besser sensibilisieren, um auf Radikalisierungstendenzen zu reagieren?

Rudolf van Hüllen: Entfremdung mit anschließender Radikalisierung ist nicht zuletzt ein interkulturelles Kommunikationsproblem. Manches ließe sich vermeiden. Ein Beispiel: Herr Müller hat bei der inzwischen durch das Bundesinnenministerium verbotenen „LIES!“-Aktion von Salafisten einen Koran geschenkt bekommen. Nach Lesen des Buches und dem daraus folgenden Unverständnis erklärt er das Druckwerk für unnützlich und wirft es in die Restmülltonne. Sähe Herr Öztürk das, wäre er als Muslim emotional verletzt. Durch die Versenkung in der Restmülltonne wird nach islamischem Empfinden das heilige Buch beschmutzt und entehrt. Hätte Herr Müller den Koran verbrannt, wäre alles nicht so schlimm gewesen. Das Verbrennen nicht mehr benötigter religiöser Schriften ist im Islam Usus und gilt nicht als Sakrileg. Stellen Sie sich

die Gegenprobe vor. Herr Öztürk verbrennt nach Lesen und Unverständnis eine ihm geschenkte Bibel. Für ihn geht das in Ordnung, es ist kein Sakrileg. Für Herrn Müller schon. Er suggeriert sofort eine gezielte Provokation, die an die Bücherverbrennung der Nazis von 1933 anzuknüpfen scheint.

Es ist also sinnvoll, sich mit den kulturellen Codes einer Bevölkerungsgruppe von rund 5 Millionen Menschen vertraut zu machen. Zwar haben 75 Millionen nicht-muslimische Bewohner dieses Landes etwas anderes zu tun als sich täglich mit religiösen Riten und kulturellen Besonderheiten von Muslimen zu beschäftigen, aber die lebenspraktische Handhabung von kultureller Differenz setzt ein gewisses Maß an Kenntnis und Empathie für den Anderen voraus. Nur so kann Zuwanderung zur gegenseitigen Bereicherung werden.

Umgekehrt: Die Muslime in diesem Land haben den Anspruch, dass ihnen die zahlenmäßig weit größere nicht-muslimische Mehrheit dabei hilft, sich nicht von islamistischen Fanatikern terrorisieren und einschüchtern zu lassen. Behalten wir im Auge, dass die meisten Opfer islamistischer Gewalt Muslime sind. Die Taten ereignen sich zumeist in islamischen Ländern und sind der leider todsichere Beweis dafür,



Wer hier Schutz sucht, hat den **ANSPRUCH** darauf, dass ihm die Bundesrepublik Deutschland die islamistischen Bedränger vom Leib hält.

dass ein bestimmtes Verständnis von Islam zuverlässig einen „failing state“ produziert. Man kann getrennter Meinung darüber sein, ob man den Insassen dieser „failing states“ gestatten soll, sich in funktionierende Gesellschaften zu retten, denn schließlich trägt praktisch jeder „Geflüchtete“ auch eine gewisse Mitverantwortung für das Scheitern seines Landes. Aber dennoch muss klar sein: Wer hier Schutz sucht, hat den Anspruch darauf, dass ihm die Bundesrepublik Deutschland die islamistischen Bedränger vom Leib hält. Und dies ist in der Tat eine „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“. Es darf keine Scheuklappen bei der Identifikation solcher Bedränger geben. Entsprechende Kenntnisvermittlung muss zunächst für Menschen organisiert werden, die in verantwortlicher beruflicher Position die Möglichkeit haben, Gefährdungen junger Menschen zu erkennen.

Politische Studien: „Prävention wird erst nötig, wenn Integration nicht gelungen ist. Schlecht integriert ist auch ein Rechtsextremer in unserer Gesellschaft.“ Dieses Zitat stammt von Ihnen. Was genau heißt für sie Integration und wo setzt sie an? Was ist dabei Aufgabe der Politik? Was können wir diesbezüglich von anderen Ländern lernen?

Rudolf van Hüllen: Integration meint die Einfügung in ein gesellschaftliches Ganzes unter Berücksichtigung seiner nicht kontroversen Normen und Verhaltensmuster. Die nicht kontroversen Normen sind im Rechtsstaat zwingend. Sie werden durch den Kodex des Grundgesetzes vorgegeben, über dem als Dach die Menschenwürde in Art 1 steht. Sie zu achten und zu schützen, heißt es da, sei Aufgabe aller staatlichen Gewalt. Dieser Artikel stellt eine Blickrichtung und einen fun-

damentalen Staatszweck dar. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes stellen klar, dass nie wieder in Deutschland der Einzelne zum Werkzeug politischer (oder religiöser) Ziele erniedrigt werden dürfe. Natürlich stand die gerade überstandene Erfahrung des Nationalsozialismus hier Pate: „Du bist nichts, Dein Volk ist alles“, sprich, deine Rasse. Das sollte nie wieder stattfinden. Zugleich wurde man dessen gewahr, dass im Osten Deutschlands der Mensch ganz ähnlich zum Werkzeug eines angeblich zwingenden Geschichtsverlaufs degradiert wurde.

Die heutige Herausforderung durch den importierten Islamismus ist strukturell ähnlich. Der Existenzzweck des Menschen im Diesseits sei, sich Allah zu unterwerfen. Er habe kein Eigenrecht in der Welt und schon gar nicht die Befugnis, als demokratischer Souverän Gesetze zu geben. Wer dergleichen denkt, ist hier falsch. Die Würde des Menschen hat in unserer Wertordnung einen Rang, der gegenteilige Normen nicht duldet. Eine Koexistenz zwischen Artikel 1 Grundgesetz und der Scharia ist nicht denkbar. In Bezug auf die Menschenwürde verlangt das Grundgesetz demnach nicht bloß Integration, sondern Assimilation. Deshalb sind aus meiner Sicht auch völkische Rechtsextremisten mangelhaft integriert. Mit ihrem Programm einer offenen Absage an die Universalität der Menschenwürde schlägt ihnen zu Recht Exklusion entgegen. In solchen Fällen setzt jetzt die so genannte Tertiärprävention an. Sie macht dem Extremisten klar, was passiert, wenn er seine Phantasien in Taten umzusetzen wünscht. Hält er nicht inne, muss er mit längerem Gefängnisaufenthalt rechnen. Bei mangelnder Einsicht mehrfach, vielleicht, bis seine Lebensspanne aufgebraucht ist. Man sieht das an Horst Mahler.



Politik und Justiz waren bisher nicht bereit zu lernen, dass nicht das Wohl des Gefährders, sondern das der ALLGEMEINHEIT Vorrang genießen muss.

Dem Islamisten mit deutscher Staatsbürgerschaft geht es genau so. Er hat sich im Konflikt mit dem primären Integrationsziel selber exkludiert. Dennoch muss in allen Fällen wie diesen schon während der Haft die Hand zur Umkehr, zur Reintegration gereicht werden. Dazu genügen eine Anerkennung der fundamentalen Werte und ein entsprechendes Verhalten. Solchen ultimativen Maßnahmen ist allerdings ein gesellschaftliches Angebot vorgelagert, das sich Sekundärprävention nennt. Sie regiert auf eine erst beginnende oder drohende Kündigung des fundamentalen Grundkonsenses. Greifen Maßnahmen der Sekundärprävention gegenüber Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft nicht, sollte der Aufenthaltstitel der betreffenden Menschen annulliert werden, soweit sie nicht subsidiären Schutz aus der Flüchtlingskonvention in Anspruch nehmen können.

Politik und Justiz waren bisher nicht bereit zu lernen, dass bei solchen Entscheidungen nicht das Wohl des Gefährders, sondern das der Allgemeinheit Vorrang genießen muss. Politische Lernprozesse vollziehen sich offenbar häufig (nur) unter dem Druck der Ereignisse. Einige Nachbarländer sind bei den Lernprozessen weiter, vielleicht auch deshalb, weil sie vorher mehr Fehler als wir gemacht haben. Was kann man

von ihnen lernen? Vielleicht die Einsicht, dass im Zeitalter globalisierter Wanderungsbewegungen und eines ebenso globalisierten Terrorismus Integration, Prävention und Repression ineinander greifen müssen und keine Spielwiesen für wohlmeinende Philanthropen sein dürfen.

Im arg gebeutelten Belgien beispielsweise wurde das inzwischen begriffen. Das Land verfügt über eine Strategie, bei dem eine Präventionsagenda über ein Gesamtkonzept („Note cadre de sécurité intégrale“) von der Spitze der zentralstaatlichen Institutionen bis auf die lokale Ebene der „Cellules Locales Sécurité Intégrale/Locale Intégrale Veiligheidszellen“ heruntergebrochen wird. Dort sitzen alle für die Früherkennung von Radikalisierungsprozessen in Frage kommenden Institutionen mit im Boot: von der örtlichen Politik über die Polizei bis hin zu Wohlfahrtseinrichtungen, Schulen, Arbeitsverwaltung und Gesundheitsdiensten. Kompetenzabschottungen und datenschutzrechtliche Hindernisse für den Informationsaustausch wurden rigoros abgeräumt. Der Staat beschränkt sich nicht mehr wie in Deutschland darauf, im Wesentlichen mit der Gießkanne Gelder an – bisweilen fragwürdige – zivilgesellschaftliche

Organisationen auszuschütten. Das ist letztlich einem aus bitteren Erfahrungen erwachsenen veränderten Blick auf die tatsächlichen Gefährdungen geschuldet. Es wäre schön, wenn wir solche Erfahrungen nicht erst abwarten würden.

Die Fragen stellten Paula Bodensteiner, Referentin für Bildung, Hochschulen, Kultur, sowie Dr. Susanne Schmid, Referentin für gesellschaftliche Entwicklung, Migration, Integration der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// DR. RUDOLF VAN HÜLLEN

ist Politikwissenschaftler und Extremismusforscher, Krefeld.